

Rezensionen

Miriam Schroer-Hippel:
*Gewaltfreie Männlichkeitsideale.
Psychologische Perspektiven
auf zivilgesellschaftliche
Friedensarbeit.* Wiesbaden:
Springer 2017 (= Politische
Psychologie), xxiv + 365 Seiten

Die Autorin weist gleich zu Beginn ihres Buches, das aus zivilgesellschaftlicher Praxis und mehrjähriger Feldforschung entstand, auf die Achillesferse kritischer Geistes- und Sozialwissenschaften hin, wenn sie einen Zagreber Friedensaktivisten mit der Frage zitiert, was man nach der Dekonstruktion nationalistischer Sichtweisen, zumal auf den Krieg, den Menschen in der Praxis anzubieten habe (2). Da Wissenschaft selten eine Antwort darauf hat, zeigt sich die Suche nach Alternativen zu den dominanten Erzählungen über Kriegserfahrungen nicht nur für Friedensaktivist*innen, deren Ziel die Demilitarisierung einer von Krieg gezeichneten Gesellschaft ist, von großer Relevanz. Die hier formulierten leitenden Fragen, wie Friedensarbeit von der genderorientierten Forschung profitieren kann und was an die Stelle der Nationalismen und vor allem der militarisierten Geschlechterideale treten kann (17-21), bieten daher eine vielversprechende Forschungsperspektive. Dabei gilt Miriam Schroer-Hippels zentrales Interesse der Möglichkeit einer Aushandlung gewaltfreier Männlichkeitsideale in Nachkriegsgesellschaften, die sie als Schlüssel für die Entwicklung eines weitreichenden Friedens für „Menschen aller Geschlechtszugehörigkeiten“ beschreibt (5). Dies ist zugleich ihr normativer und theoretischer Ansatzpunkt, um das Friedenspotenzial von

zivilgesellschaftlichen Initiativen anhand inhaltlicher Kriterien im Rahmen von Evaluationen bewerten zu können.

Mit der Analyse dreier Beispiele zivilgesellschaftlicher Arbeit aus Bosnien-Herzegowina (Kampagne für das Recht auf Wehrdienstverweigerung), Kroatien (Friedensinitiative von Veteranenverbänden und Friedensaktivist*innen) und Serbien (Kunstaktion Männliche Stickerei) legt die Autorin nicht nur dar, dass Alternativen zum nationalistischen Diskurs und dem damit verbundenen hegemonialen Geschlechterarrangement in den betroffenen Gesellschaften selbst entwickelt werden müssen, sondern auch, dass dies tatsächlich stattfindet. Darüber hinaus zeigt sie, dass aus den beschriebenen Erfahrungen umgekehrt Erkenntnisse für die Einschätzung von genderorientierter, friedenspolitischer Praxis gezogen werden können, die im Gegensatz zu programmtheoretisch konzipierten Evaluationen nicht von konkreten Ergebnissen, sondern von einem inhaltlich begründeten, friedenspolitischen Potenzial als Bewertungsgrundlage ausgeht. Ziel ihrer Arbeit ist, Friedensarbeit realistisch einschätzen zu können, Dafür ist ihrer Ansicht nach die Entwicklung einer theoriegeleiteten Evaluation mit Rückkoppelung an die sozialwissenschaftliche Forschung unabdingbar (43f).

Wie sich die dafür notwendigen Gütekriterien, die sowohl inhaltlich als auch prozessorientiert ausgerichtet sind, erarbeiten lassen, zeigt die Autorin exemplarisch anhand ihrer an der *Grounded Theory* orientierten Untersuchung. Sie liefert daher einen breit angelegten Forschungsüberblick, sowohl

zur genderorientierten Friedens- und Konfliktforschung als auch zur Konfliktgeschichte der behandelten Länder. Durch ihre intersektionelle Perspektive geht sie in mehrerlei Hinsicht fundiert und ausgewogen vor: Sie benennt zum einen klar die Potenziale geschlechtersensibler Forschung, da erst durch die Einbeziehung von Geschlecht als Strukturkategorie gesellschaftliche und politische Konfliktodynamiken wirklich erfasst werden können. Zum andern trägt sie die neuesten Erkenntnisse zum postjugoslawischen Konfliktverlauf und -stand in der Kombination von historischer, sozialwissenschaftlicher und anthropologischer Forschungsliteratur zusammen. Durch diesen breiten Blick können gesellschaftliche und politische Konstruktionsprozesse mit der individuellen Praxis zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zueinander in Bezug gesetzt werden. Dies entspricht dem im Buch vertretenen konstruktivistischen Verständnis von Geschlecht und nationaler Zugehörigkeit, die auf personaler, struktureller und symbolischer Ebene prozesshaft ineinandergreifen (7).

In Abgrenzung zu feministischen Arbeiten, die in ihren Analysen meist die retraditionalisierte Rolle von Frauen in den Vordergrund stellen, setzt Schroer-Hippel ihr Hauptaugenmerk auf die Konstruktion hegemonialer Männlichkeit und ihrer Ausprägung in Form von militarisierten Männlichkeitsidealen. Mit Bezug zur Männlichkeitstheorie fasst sie die üblicherweise als natürlich verhandelte Tatsache, dass Männer in Gewaltinstitutionen und -situationen überrepräsentiert sind, als erklärungsbedürftig auf. Damit wird der Blick für die Vielfalt von Männlichkeiten sowie für die Erfahrung geöffnet, dass die

gesellschaftlich geforderte Erfüllung eines Männlichkeitsideals nicht nur Privilegien bietet, sondern auch Zwang darstellt. Dieser Ansatz hat unmittelbare Auswirkungen auf die Konzeption von Demilitarisierungsprozessen, zumal selbst im Nachkrieg eine sich fortsetzende Militarisierung von Gesellschaft sowie eine Verstärkung militarisierter Geschlechterideale nachgewiesen werden kann. Um das anfangs gesetzte normative Friedensideal zu erreichen, muss demnach die Aushandlung gewaltfreier bzw. alternativer Männlichkeitsvorstellungen ein notwendiger Teil von Demilitarisierungsprozessen sein.

Schroer-Hippels an der Praxis orientierte Qualitätskriterien sind überzeugend, da sie zugleich normativ als auch realistisch männlichkeitsorientierte Friedensarbeit einschätzen. Mit ihrer Hilfe kann die Autorin zudem aus den untersuchten Beispielen neue Erkenntnisse gewinnen. Beispielsweise legt sie dar, dass neue Wege in der „Rekonstruktion von Männlichkeit“ beschritten werden müssen, die jedoch im Rahmen des hegemonialen Diskurses bleiben müssen, um anerkannt zu werden (305). In diese Richtung weist auch ihre Feststellung, eine gemeinsam im Dialog akzeptierte hegemoniale Männlichkeit sei eine der zentralen Voraussetzungen für die Überwindung des vergeschlechtlichten „Otherings“ der anderen Nation und damit der Kriegslogik (318f). Aus feministischer und geschlechterdemokratischer Perspektive stellen sich derlei Einschätzungen zwar als nicht weitreichend genug dar, doch ist die Argumentation nachvollziehbar. Gleichzeitig weist die Autorin selbst darauf hin, dass Initiativen, die militarisierte hegemoniale Männlichkeit herausfordern, durch

weitere, auf den Abbau von Geschlechterhierarchien ausgerichtete Projekte ergänzt werden müssen.

Die vorliegende Arbeit zeigt, dass die Erarbeitung einer inhaltlich ausgerichteten Evaluation ein aufwendiges Projekt ist. Daher stellen die Ergebnisse dieses Buches eine wichtige Vorarbeit für zivilgesellschaftliche Friedensarbeit dar, die in der Praxis dem jeweiligen Kontext angepasst werden müssen. Gerade den klaren Bezug zu männlichkeitstheoretischen Ansätzen sehe ich zudem als Gewinn, da soziologische Männlichkeitstheorien in genderorientierten Studien zum postjugoslawischen Raum viel zu selten herangezogen werden. Leider machen die vielen Wiederholungen, die dem methodischen Vorgehen geschuldet sind, das Lesen für kontextinteressierte Leser*innen mühsam. Sie haben allerdings den Vorteil, dass einzelne Kapitel gut separat gelesen werden können. Dadurch und wegen seines sehr guten Überblicks über die relevante Forschungsliteratur ist das Buch insbesondere für Uni-Seminare empfehlenswert.

Brigita Malenica

Luke Sinwell mit Sipiwe Mbatha:
The Spirit of Marikana. The Rise of Insurgent Trade Unionism in South Africa. Johannesburg: Wits University Press (London: Pluto Press) 2016, 208 Seiten

Das Massaker, das die südafrikanische Polizei am 16. August 2012 an streikenden Bergarbeitern in Marikana im südafrikanischen Platingürtel beging, hat weltweit Aufsehen erregt, meist freilich nur für einen kurzen Augenblick. Manche nahmen die erschreckende Parallele zum

Sharpville-Massaker 1961 wahr, das die Phase rücksichtsloser Repression durch das südafrikanische Apartheidsregime, in einer seiner Konsequenzen aber auch den Übergang zum bewaffneten Kampf markiert hat. Selten jedoch ist das Massaker bisher in seinen breiteren Kontext einer größeren sozialen Bewegung gestellt worden, die insbesondere große Streiks im Platin-Bergbau, aber auch weitergreifende soziale Mobilisierungen umfasste. Ein wichtiges Ergebnis dieser Bewegung ist bisher der Legitimitätsverlust der seit dem Übergang zur Mehrheitsherrschaft 1994 in Südafrika regierenden *Tripartite Alliance*, der neben dem *African National Congress* (ANC) auch die *Kommunistische Partei* sowie der Gewerkschaftsverband *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) angehört. Die damals stärkste Einzelgewerkschaft innerhalb von COSATU, die *National Union of Mineworkers* (NUM) mit ihrer Aura der Militanz aus den 1980er Jahre erlebte hier den wohl einschneidendsten Vertrauensverlust und verlor im Platin-Gürtel die Position als führende Gewerkschaft an die einige Jahre zuvor gegründete *Association of Mineworkers and Construction Union* (AMCU). Zugleich erodierte auch die politische Position des ANC in dieser Region nordwestlich von Johannesburg.

Sinwell zeichnet diesen Prozess hauptsächlich auf der Grundlage von gemeinsam mit Sipiwe Mbatha durchgeführten Forschungen nach, die unmittelbar nach dem Massaker von Marikana begannen. Die Interviews sowie andere Formen der Information wie informelle Gespräche oder Emails, aber auch Reden auf Versammlungen beruhen auf den engen Vertrauensbeziehungen, die das Forscherteam vor allem zu Hauptakteuren des recht komplexen

Geschehens aufbauen konnte. Es gelingt etwas durchaus Seltenes: Einblicke in soziale Prozesse zu ermöglichen, die für gewöhnlich unbemerkt oder auch im Verborgenen ablaufen und deren Bedeutung erst erkennbar wird, wenn es zu dramatischen Zuspitzungen wie eben in Marikana kommt. Leo Trotzki sprach in seiner Analyse der Februarrevolution, die 1917 in Russland zum Sturz des Zaren führte, von mikroskopischen Prozessen, die er zwar benennen, nicht aber nachzeichnen konnte. Sinwell gelingt dies in bemerkenswertem Ausmaß. Er zeigt, wie die Forderung nach einem zum Leben ausreichenden Lohn (*living wage*) aus Gesprächen entstand, die zunächst zwei Bergleute in der Waschkaue führten, wobei sie diese Forderung auch bezifferten: 12.500 Rand, numerisch eine Verdoppelung des geltenden Elendslohns. In anderen Bergwerken, die nicht wie Marikana zum *Lonmin*-Konzern, sondern zu *Amplats* (*Anglo American Platinum*), dem weltweit größten Platin-Unternehmen, gehörten, kam man auf eine Forderung von 16.070 Rand. Diese Lohnforderungen konnten zweifellos popularisiert werden, weil es in den Jahren zuvor immer wieder zu inoffiziellen Streiks (in Südafrika: *unprotected strikes*) gekommen war. Dabei hatten die Streikenden einerseits schlechte Erfahrungen mit der NUM gemacht, die zunehmend als Erfüllungsgehilfin des Managements erschien, andererseits hatten sich eine Reihe informeller Kader herausgebildet, die teilweise über Erfahrung in gewerkschaftlicher Organisation bei der NUM oder anderen, neu gebildeten Organisationen verfügten, unter denen seit einiger Zeit die AMCU hervorstach. Zu diesen „organischen Intellektuellen“,

wie Sinwell sie im Anschluss an Antonio Gramsci bezeichnet, stießen nach dem Massaker wenige von außen kommende Aktivisten.

Wesentlich ist, dass der informelle Streik in Marikana 2012 nach dem Massaker nicht abgebrochen, sondern weitergeführt wurde, wobei sich ein „Arbeiterkomitee“ herausbildete, das schließlich im September ein bescheidenes Verhandlungsergebnis erzielen konnte. Zugleich aber sahen die Bergleute die Notwendigkeit, sich wieder gewerkschaftlich zu organisieren, um der Geschäftsleitung ein adäquates Vertretungsorgan entgegenstellen zu können. Die basisdemokratischen Arbeiterkomitees erscheinen, wie Sinwell unter Berufung auf eine „marxistische Brille“ betont (120), daher als vorübergehende, geradezu verschwindende Erscheinung, was nicht bedeutet, dass der Übergang zu AMCU im Rückblick auf die Jahre 2013 und 2014 nicht auch „unvollständig und voller Stolpersteine“ gewesen wäre (113). Nachdem es zunächst galt, über das Jahr 2013 hinweg den Angriff des Managements in Form von Massenentlassungen abzuwehren, folgte 2014 ein im Januar einsetzender fünfmonatiger Streik, der vor allem in dem Maße, als er sich für die Streikenden unerwartet in die Länge zog, äußerst entbehrungsreich wurde. Zugleich aber demonstrierte er einen bemerkenswerten Durchhaltewillen und wurde zudem durch zivilgesellschaftliche, nicht zuletzt studentische Solidaritätsaktionen unterstützt. Es war der längste Streik in der südafrikanischen Geschichte, und er kann allein schon aus diesem Grund als Markstein gelten. Sinwell folgt dem bei Lonmin und Amplats keineswegs gleichförmigen Geschehen höchst detailliert.

Anders als Leser*innen dies vielleicht erwarten, ergibt sich jedoch keineswegs eine ungetrübte Erfolgsgeschichte für AMCU, auch wenn sie zur dominanten Gewerkschaft im Platinbergbau wurde, dem dynamischsten Teil des Industriezweigs. Sinwell zeigt, wie einerseits Joseph Mathunjwa, der charismatische Gründer und Anführer der AMCU, nicht zuletzt aufgrund seines Auftretens unmittelbar vor dem Massaker in Marikana Legitimität und Vertrauen gewinnt, jedoch durch sein Bestehen auf alleiniger Entscheidungsgewalt und Einheit der Gewerkschaft in Gegensatz gerade zu einigen der herausragenden Aktivisten gerät, die aus den Arbeiterkomitees hervorgegangen sind. Für diese steht andererseits emblematisch S.K. Makhanya, der bereits in die Gewerkschaftsbürokratie eingerückt und auch international durch Teilnahme an Kongressen der *Socialist Workers' Party* hervorgetreten war, sich angesichts der für ihn erkennbaren Konsequenzen aus der neuen Position aber entschloss, wieder zu seiner – nach wie vor nicht gut bezahlten und mit schweren Gesundheitsrisiken behafteten – Arbeit untertage zurückzukehren.

Diejenigen, denen dies ein wenig zu romantisch klingt, weist Sinwell auf andere individuelle „Karrieren“ hin, die wenn nicht opportunistischer, so doch erfolgreicher verlaufen sind. Das mag Zweifel am Untertitel des Buches begründen, nämlich ob die AMCU wirklich auf absehbare Zeit „rebellisch“ bleiben oder in die Bahnen gewerkschaftlicher Routine einschwenken wird. Generell aber ist damit auf die Problematik der Organisation verwiesen, für die man nicht notwendig auf Robert Michels als klassischen

Autor zum Thema zurückgreifen muss, sondern auch an Rosa Luxemburgs eben auf Gewerkschaften gemünzte Klage über „Organisationspatriotismus“ denken kann. Allerdings zeigt gerade Sinwells Darstellung die Zwänge auf, die in Arbeitskämpfen – seien sie nun informell, gewerkschaftlich legitimiert oder Moment des „institutionalisierten Klassenkampfes“ – dem unverzichtbaren Gebot der Solidarität entspringen. Sie führen immer wieder zu Anforderungen der Disziplin, der Konformität und auch zum militanten Durchsetzen etwa des zentralen Instruments der Arbeitsniederlegung im Vorgehen gegen Streikbrecher. Im konkreten Fall findet sich dies gesteigert in den Gewalttaten mit nicht selten tödlicher Konsequenz, die nicht allein von der Polizei ausgingen, sondern aus den Reihen der Aktivisten immer wieder auch Personen trafen, die aus verschiedenen Gründen gewaltsam gegen „Verräter“ vorgingen und diese in einigen Fällen umbrachten – weil sie den Streik nicht befolgten oder weil sie es beispielsweise scheinbar oder tatsächlich an Loyalität zu Mathunjwa fehlen ließen.

Sinwell hält sich wohlweislich mit Schlussfolgerungen oder theoretischen Einordnungen deutlich zurück. Er lässt seine Forschungspartner – es handelt sich so gut wie ausschließlich um Männer – ausführlich zu Wort kommen, was die Rekonstruktion der Biographien von Zentralfiguren einschließt. Man kann sagen, dass so eine dichte Beschreibung des Geschehens entstanden ist. Wohl unvermeidlich kommt es auf diesem Weg zu einer gewissen Personalisierung. Diese macht jedoch zugleich die Lebendigkeit dieses Buches aus, das für ein Verständnis der sozialen Kämpfe in Südafrika während des ersten Viertels

des 21. Jahrhunderts und darüber hinaus für die oft übersehenen Revolten in Ländern des Globalen Südens unverzichtbar sein dürfte.

Reinhart Kößler

Kako Nubukpo, Martial Ze Belinga, Bruno Tinel & Demba Mussa Dembele (Hg.): *Sortir l'Afrique de la servitude monétaire. À qui profite le franc CFA?* Paris: La Dispute 2016, 245 Seiten

Schon die Wortwahl beim Titel – wo von der Beendigung einer „monetären Knechtschaft“ die Rede ist – lässt erkennen, dass es sich bei der vorliegenden Streitschrift nicht um ein finanzwissenschaftliches Traktat, sondern vielmehr um eine Abhandlung über die politische Ökonomie des Geldes vor dem Hintergrund einer besonderen post- bzw. neo-kolonialen Konstruktion handelt. Der *Franc CFA* (F-CFA) ist ein durch und durch politisches Projekt und eben keine rein finanztechnische Angelegenheit. Denn mit ihm hat ein Währungsgebilde die französische Kolonialherrschaft in Afrika und auf den Komoren überdauert, indem ehemalige Kolonien und deren Kolonialmetropole eine auf den ersten Blick gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit auf einem hoch sensiblen Gebiet eingegangen sind.

Der *Franc CFA* – vormals: Franc der französischen Afrikakolonien – wurde offiziell am 26. Dezember 1945 per Dekret von General de Gaulle geschaffen. Sechs Jahre zuvor hatte Frankreich bereits eine Franc-Zone aus der Taufe gehoben, um vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen der französischen Kolonien untereinander und mit dem Mutterland zu erleichtern

und weiterhin die Volkswirtschaften, vor allem jedoch deren Ressourcen, zu kontrollieren.

Das F-CFA-System selbst beruht auf vier Säulen: der von Frankreich garantierten unbegrenzten Umtauschbarkeit (1) von F-CFA in Euro zu einem festen Wechselkurs (2) bei uneingeschränkter Mobilität des Kapitals (3) sowie der Zentralisierung der Währungsreserven (4) bei der französischen Zentralbank (*Trésor français*). Dieses Arrangement könnte insoweit als vorteilhaft für die unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonien angesehen werden, als es deren Regierungen faktisch von der Herausforderung entbindet, eine eigene Währungs- und Finanzpolitik gestalten zu müssen. Gleichzeitig haben sie aber unter dem F-CFA-Regime auch nicht die Möglichkeit, eine solche Politik zu gestalten, selbst wenn sie es wollten. Das Fehlen dieser Souveränität hat ein profundes Demokratiedefizit zur Folge. Die grundlegenden Entscheidungen über Währung und Wechselkurs werden am Ende von Frankreich getroffen, das auch die alleinige Zuständigkeit für das F-CFA-System innerhalb der Eurozone bzw. gegenüber der Europäischen Zentralbank hat. Die Aufsichtsräte der Zentralbanken in West- oder Zentralafrika haben hingegen kein Recht auf Mitsprache. Was dies in seiner ganzen Tragweite bedeutet, wurde klar, als der F-CFA 1994 auf Beschluss der französischen Regierung ohne vorherige Konsultationen mit den betroffenen Ländern um 50 Prozent gegenüber dem französischen Franc abgewertet wurde. Solange der F-CFA nur an den französischen Franc gekoppelt war, führte der stete Wertverlust des französischen Franc gegenüber den internationalen Leitwährungen

D-Mark und US-Dollar zu relativ günstigen Wettbewerbsbedingungen für die Exporte der F-CFA-Länder. Dies änderte sich jedoch dramatisch mit der Einführung des Euro, in deren Folge der F-CFA zusammen mit der starken, neuen Leitwährung Euro massiv aufwertete, wodurch sich insbesondere die Preise für Waren aus den F-CFA-Ländern drastisch erhöhten und folglich deren Exportumsätze deutlich einbrachen.

Alles zusammengenommen – die koloniale Vergangenheit und neokoloniale Gegenwart des F-CFA-Systems, die mit ihm einhergehenden Einschränkungen staatlicher Souveränität sowie die wachsenden wirtschaftlichen Nachteile, die nicht zuletzt im festen Wechselkurs zum (aufwertenden) Euro gründen – haben das Entstehen des hier zur Rede stehenden Buches provoziert.

Die Schrift gliedert sich in neun Kapitel, die von zehn Autoren verfasst wurden und sich grob drei Sujets zuordnen lassen. Da wären zunächst philosophisch-historische Abhandlungen, die sich durch die Funktion des Gelds als Instrument zum Ausgleich von wechselseitigen Forderungen bzw. Ansprüchen (*Massimo Amato*) mit seiner Rolle als Element sozialen Friedens in warenproduzierenden Gesellschaften sowie mit der nationalen Währung als Ausdruck staatlicher Souveränität (*Jérôme Maucourant*) befassen. Diese Ansätze werden in Beiträgen, die die Notwendigkeit der Abschaffung des F-CFA-Systems mit dem Recht auf volle staatliche Selbstbestimmung und die Beseitigung aller Beziehungsgefechte begründen, welche ihren Ursprung in der Kolonialära haben, aufgegriffen und mit explizitem Bezug auf den F-CFA ausgedeutet (*Nadim Kalife*, *Denis Durand*

& *Hédi Sraieb* sowie *Demba Moussa Dembele*). Trotz der Unerfahrenheit der Regierungen auf dem Gebiet der Geldpolitik sind die Autoren fest überzeugt, dass ein sofortiges Ende des F-CFA schon aus Gründen der Selbstachtung auf der Tagesordnung stehe. Als Alternative lanciert insbesondere *Mussa Dembele* (153ff) Überlegungen zur Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Währungszone in West- und Zentralafrika. Diese Überlegungen erscheinen aber angesichts der auch in Afrika durchaus bekannten Probleme in der Eurozone, die offenbar als Inspiration für dieses Konzept dient, wenig fundiert bzw. ziemlich naiv.

Die problematischen, entwicklungshemmenden wirtschaftlichen Faktoren sind der explizite Gegenstand von vier weiteren Beiträgen (*Bruno Tinel*, *Kako Nubukpo*, *Nodongo Sylla* und *Martial Ze Belinga*). Diese Autoren thematisieren vor allem die mit der F-CFA-Konstruktion verbundenen wirtschaftlichen Blockaden: Zum einen stehen durch die Verpflichtung, die Hälfte der Währungsreserven auf speziellen Konten beim *Trésor français* zu hinterlegen, diese Gelder für eine staatliche Investitionspolitik nicht zur Verfügung. Ferner kontrariert die Fixierung der Zentralbanken der F-CFA-Zone auf die Sicherung des Wechselkurses Bemühungen um die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Steigerung der Exporte. Schließlich behindern kurzfristige Konzepte, die allein auf die Ausfuhr von weitgehend unverarbeiteten Agrarprodukten und mineralischen Rohstoffen setzen, die wirtschaftliche Entwicklung. Sylla zeigt mit einer Fülle von Daten (163ff), dass das Wirtschaftswachstum in der F-CFA-Zone langfristig weit hinter dem Durchschnitt anderer afrikanischer Länder

zurückgeblieben ist. So kommt er zu dem Schluss, dass die „absurde Fixierung der Zentralbanken auf die Parameter monetärer Stabilität umgekehrt eine großen Schwankungen unterworfenen, insgesamt schwache Wirtschaftsentwicklung zur Folge hat“ (173). Tinel pflichtet bei: „Im Kern muss es aber um eine Geldpolitik gehen, die die Stabilitätsdoktrin nicht absolut setzt, sondern um eine, die den in einem makroökonomischen Kontext insgesamt bestimmten, höheren und grundsätzlicheren Entwicklungszielen untergeordnet wird.“ (122)

Dass eine solche wirtschaftspolitische Kursänderung im Rahmen des F-CFA-Systems kaum möglich sein wird, liegt auf der Hand. Deshalb hat ein Bruch mit der „monetären Knechtschaft“ des F-CFA sicherlich viele Befürworter, aber er hat auch einflussreiche Gegner – nämlich die einheimischen Eliten. Denn diesen ermöglicht das Währungssystem, ihr Geldvermögen jederzeit und ohne Wechselkursrisiko in Euro umzutauschen und außer Landes zu bringen. „Diese postkoloniale Währung trägt also dazu bei, die Kluft des Missbrauchs von Vermögen und Macht durch die Herrschenden gegenüber den Beherrschten aufrechtzuerhalten“, so Tinel (231).

Eine Bilanz der hier vorgebrachten Ansichten und Befunde fällt insgesamt zwiespältig aus: Richtige und gut begründete Forderungen nach mehr Eigenständigkeit und folglich auch Eigenverantwortung in Wirtschaftsfragen, wozu auch die Währungspolitik gehört, gehen einher mit zum Teil fragwürdigen Konzepten, deren Umsetzung das Risiko birgt, dass sich gerade die Lage der großenteils armen Mehrheitsbevölkerung drastisch verschlechtert. Vorsicht ist also geboten und allzu große

Hast unangebracht. Eine Änderung der bisherigen Währungsverflechtungen zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien steht jedoch trotzdem auf der Tagesordnung. Die erstaunliche Aufmerksamkeit, die die hier zur Rede stehende Streitschrift in kurzer Zeit erlangt hat, lässt den Schluss zu, dass wir einer solchen Umwälzung heute möglicherweise näher sind als jemals zuvor.

Arndt Hopfmann

Oscar García Agustín & Martin Bak Jørgensen (Hg.): *Solidarity without Borders. Gramscian Perspectives on Migration and Civil Society Alliances*. London: Pluto Press 2016, 244 Seiten

Die „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015 hat eine Solidarität wieder auf die Tagesordnung gesetzt, die staatliche Grenzen ausdrücklich überschreitet. Damit stellt sich zugleich die Frage, auf welcher Grundlage eine solche Solidarität, die ja ungeachtet der seither zu verzeichnenden Erfolge einer lautstarken reaktionären Propaganda sich vielfältig und sehr handgreiflich manifestiert hat, entstehen und fortgeführt werden kann.

Die Beiträge dieses in der Reihe *Reading Gramsci* erschienenen Bandes eint die Grundannahme, dass eine neuerliche Lektüre Gramscis, zumal seiner letzten vor der Gefangensetzung verfassten Broschüre über *Die süditalienische Frage*, hier wichtige Hinweise geben kann. Gewiss gilt dabei die Bemerkung Niklas Luhmanns, dass Klassiker weniger durch die Antworten zu uns sprechen, die sie vor vielen Jahren gegeben haben, sondern durch ihre noch immer gültigen Fragen. Gramsci stand Mitte der 1920er Jahre vor dem Problem, wie

die offenkundige und viel diskutierte Spaltung Italiens in einen industriell entwickelten Norden und einen nach dessen Maßstäben rückständigen, als ländlich interpretierten Süden nicht zuletzt im Rahmen einer revolutionären Strategie überwunden werden könne, also durch Bündnisse, die die Kluft zwischen den beiden Regionen überwinden könnten, welche sich zugleich als unterschiedliche gesellschaftliche Sphären darstellten.

An dieser Fragestellung setzen die Beiträge des vorliegenden Bandes an, freilich diesmal bezogen auf die Situation eines Europa, das Ziel massiver Migrationsströme ist und dessen Regierungen darauf vor allem mit Abschottung reagieren. Thematisch handelt es sich demnach sowohl um eine theoretische Herausforderung als auch um eine praktische Politik und Mobilisierung. Neben Einleitung und Schluss sind die elf Beiträge in vier Teile gegliedert. Der erste ist eher theoretisch orientiert und untersucht die „Heterogenität politischer Akteur*innen“; die beiden folgenden betrachten Bündnisse unter den Aspekten der Solidarität sowie höchst aktuell fehlgeleiteter Allianzen; der vierte fragt nach „Räumen des Widerstands“.

Gramscis Überlegungen, großenteils auch in der Form, wie sie später von Stuart Hall aufgenommen wurden, erweisen sich als äußerst fruchtbar, um die aktuellen Probleme besser zu verstehen, in denen im Kontext der Einwanderung demagogisch „Einheimische“ gegen „Fremde“ ausgespielt werden. Dabei geht es um sehr handfeste strukturelle Probleme wie etwa die Organisationsfähigkeit der Lohnabhängigen, die jedoch in sehr unterschiedlicher

Form artikuliert werden können, nicht in solchen der „Solidarität“ oder aber der „verfehlten Bündnisse“.

Wie *Ursula Apitzsch* in dem einzigen Beitrag, der genauer auf Gramscis Texte eingeht, klar herausarbeitet, ging es diesem in der *Südtalienischen Frage* ganz entscheidend um Migration, freilich um einen Migrationsprozess, der sich innerhalb der staatlichen Grenzen Italiens abspielte, auch wenn der Norden und der *Mezzogiorno* sich strukturell unterschieden und im herrschenden Diskurs als zwei Welten dargestellt wurden. Die Suche nach Brücken, die die Unterdrückten auf beiden Seiten nach dem Scheitern des für Gramsci formativen „*Bienno Rosso*“ in Turin wieder zusammenbringen und Voraussetzungen für eine revolutionäre Perspektive schaffen könnten, schloss gerade auch die Auseinandersetzung mit den Diskursen ein, die die Migranten ebenso diskriminierten wie die in klassisch kolonialen Klischees als primitiv imaginierte bäuerliche Welt, aus der sie stammten. Gramsci unterschied nachdrücklich zwischen dem Alltagsverstand (*senso comune*) einerseits, der hegemonialen ideologischen Vorgaben aufsitzt, sowie andererseits dem gesunden Menschenverstand (*buon senso*), der aus der realistischen Einsicht in die Verhältnisse gewonnen wird und daher auch Grundlage des Handelns sein kann.

Die in den empirischen Beiträgen des Bandes behandelten Fallbeispiele sehr unterschiedlicher Bündnisrelationen beziehen sich auf mehr oder wenige gelungene Formen, mit den durch das neuere Migrationsgeschehen in Europa sich stellenden Herausforderungen umzugehen. Dabei stehen, neben der Reflektion auf die koloniale

Vergangenheit Irlands und die sich daraus ergebenden soziopolitischen Verwerfungen und Konstellationen, arbeitsmarktpolitische und gewerkschaftliche Fragen im Vordergrund. Allerdings hat wohl die Orientierung am Leitfaden Gramscis, der ja nicht nur Theoretiker, sondern auch kommunistischer Politiker in der spezifischen Atmosphäre der 1920er und 1930er Jahre war, dazu geführt, dass Strukturzusammenhänge vor allem unter dem Aspekt der Lohnabhängigkeit untersucht werden. Andere Lebensverhältnisse oder soziale Beziehungen wie Gender kommen zwar in den Blick, erscheinen aber als nachgeordnet und werden kaum in die theoretische Diskussion einbezogen. Dies ist eine deutliche Begrenzung der hier geführten Debatte, entwertet sie aber keineswegs.

Man mag fast bedauern, dass die Zuspitzung, die gerade im Sinne „verfehlter Bündnisse“ durch den Erfolg nativistischer Demagogie nach der „Flüchtlingskrise“ 2015 eingetreten ist, nicht mehr in diesem Band berücksichtigt wurde. Wichtige analytische Anregungen und die Vorstellung eines begrifflichen Instrumentariums zum besseren Verständnis dieser drängenden Probleme enthält die Sammlung allemal.

Reinhart Kößler

Elke Grawert & Zeinab Abul-Magd (Hg.): *Businessmen in Arms. How the Military and other Armed Groups Profit in the MENA Region*. Lanham, US-MD: Rowman & Littlefield 2016, 315 Seiten

Dieser Sammelband unternimmt den Versuch, die wirtschaftliche Rolle des Militärs in Nahost und Nordafrika zu untersuchen. Er stellt Fallstudien zu

Ägypten, Pakistan, Türkei, Iran, Jordanien und Sudan vor. Verdienstvoll ist, dass er nicht nur staatliche, sondern auch nichtstaatliche Gewaltakteure (*Nonstate Armed Groups*, NSAG) in drei weiteren, durch Staatszerfall gekennzeichneten Ländern in den Blick nimmt: Jemen, Libyen und Syrien. Jenseits der historisch bedingten, teilweise aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Strukturen der untersuchten bewaffneten Kräfte bleibt die zentrale Fragestellung, wie es diesen Akteuren gelungen ist bzw. aktuell nach dem „Arabischen Frühling“ gelingt, ökonomische Ressourcen unter ihre Kontrolle zu bringen und ein eigenständiges militärisches Unternehmertum aufzubauen, das sich (zentralstaatlicher) Kontrolle entzieht, ja geradezu zu einem bestimmenden Faktor der Ökonomien, auch als „Frankenstein-Militärökonomie(n)“ (xii) bezeichnet, und der Politik dieser Länder wird.

Jenseits der profunden Analysen und weitreichenden Erkenntnisse, die die Fallstudien liefern, zeigt der von den Autorinnen und Autoren gewählte politökonomische Ansatz seine Fruchtbarkeit: Deutlich wird in sämtlichen Fällen, wie wirtschaftliches Wachstum und die Jagd nach Profiten längst zur zentralen Tätigkeit des Militärs geworden ist, die dessen eigentlich Bestimmung, die Wahrung der nationalen Sicherheit überlagert hat. Als eine Art neue Klasse, die zu Recht *Bourgeoisie* genannt wird, ist das Militär nicht nur als Gewaltakteur, sondern vor allem als oft hoch modernes Unternehmertum die zentrale Kraft im Staate. In seinen Aktionen unterscheidet es sich im Kern nicht von den nichtstaatlichen Gewaltakteuren, die in zerfallenen oder zerfallenden – man könnte auch sagen: von außen zerstörten – Staaten

zentrale Sektoren der Ökonomie kontrollieren und mit einem nur graduell höheren Maße an Kriminalität ihre wirtschaftlichen Interessen verfolgen.

Die ökonomischen Aktivitäten des Militärs reichen – mit nennenswerten Unterschieden in der Schwerpunktsetzung von Land zu Land – von oft gewalttätiger Landnahme mit dem Ziel der Schaffung kapitalintensiver und rationalisierter landwirtschaftlicher Produktion über Investitionen in der Petro- und chemischen Industrie, Bergbau, touristische Infrastruktur, Waffenproduktion (oft in Form von *joint ventures* mit ausländischen Unternehmen) bis zu Pensionsfonds und Stiftungen, aber auch Schmuggel und Erpressungen. Diese beiden zuletzt genannten Geschäftsmodelle stehen im Vordergrund der Aktivitäten nichtstaatlicher Gewaltakteure, für die Drogen- und Menschenhandel wichtige zusätzliche Einkommensquellen sind. Hinzu kommt der Verkauf von Rohstoffen, insbesondere Erdöl.

Diese Fülle der Empirie wird von der Mitherausgeberin *Elke Grawert* eingebettet in eine theoretisch fundierte Einleitung, die die zentralen Fragestellungen des Buchprojekts entwickelt, und in eine Schlussbetrachtung, die in einer verdichtenden und theoretisierenden Analyse die Ergebnisse der Einzelstudien zusammenfasst. Zwei Fragen stehen dabei im Vordergrund: Erstens betont Grawert mit Blick auf den „arabischen Frühling“ den Zusammenhang zwischen Macht und Einfluss des Militärs und der Unterdrückung und Marginalisierung der Zivilgesellschaften in der Region. Dies sei nicht zuletzt das Resultat der Politik des Westens, der stets das Militär als Garanten der Stabilität gestützt habe. Dass die in diesen Ländern gewachsenen

militärischen Strukturen nicht nur die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Formationen behinderten und weiterhin zu verhindern versuchen, sondern auch die Re-Etablierung autoritärer Regime (zumindest in Ägypten und Sudan) sowie den Zerfall der Staatlichkeit in eine Vielzahl nichtstaatlicher Gewaltakteure (Libyen, Syrien, Jemen) zur Folge hatten, widerspricht in erfrischender Weise jener Flut von Arbeiten, die, meist kulturologisch fundiert, den *arab exceptionalism* beschworen und den Araberinnen und Arabern die Unfähigkeit zur Errichtung demokratischer Systeme bescheinigt hatten. Der „arabische Frühling“ machte dieser These den Garaus; das militärische Unternehmertum hat jedoch ein genuines Interesse an der Verhinderung jedweder öffentlicher und demokratischer Kontrolle.

Der zweite, wohl wichtigste und dem polit-ökonomischen Ansatz zu verdankende Befund betrifft die geschmeidige Eingliederung der Militärökonomien in das global herrschende neoliberale System, obwohl die Militärökonomien auf den ersten Blick in eklatantem Widerspruch zu den Prinzipien der Marktfreiheit zu stehen scheinen. Als genialer Schachzug der militärischen Unternehmer muss gesehen werden, dass sie es vermochten, enge Verbindungen mit globalen ökonomischen Akteuren herzustellen, sei es im Bereich der Rüstungsindustrien oder auch der internationalen Finanzinstitutionen. Dies gelang durch die Internationalisierung der Unternehmen und die Beteiligung ausländischer Investoren, meist aus den Golfstaaten. Konform dem neoliberalen Dogma betrieben die militärischen Unternehmer einerseits die Exportorientierung, andererseits setzten sie im

Interesse der Gewinnorientierung ihrer Unternehmen Strukturanpassungsaufgaben des IWF durch, indem sie Subventionen kürzten, Gewerkschaftsrechte einschränkten oder abschafften und den Arbeitsmarkt deregulierten. All dies war und ist durchsetzbar mit Hilfe des Gewaltmonopols, über das diese Akteure verfügen, sowie aufgrund der Tatsache, dass das Militärbudget Geheimhaltungsaufgaben unterliegt, mithin die Finanzströme in diesem Sektor meist unkontrollierbar sind. So fördert der Neoliberalismus die Transformation des Militärs in eine kapitalistische Elite.

Dieser Band liefert die Grundlagen zum Verständnis von Politik und Gesellschaft in der Region, er ruft geradezu nach Fortsetzung und Vertiefung am Beispiel weiterer Länder – wie der Golfstaaten oder der Militärökonomien Algeriens und Marokkos – und darüber hinaus.

Werner Ruf

Alke Jenss: *Grauzonen staatlicher Gewalt. Staatlich produzierte Unsicherheit in Kolumbien und Mexiko*. Bielefeld: transcript 2016, 491 Seiten

Diese zugleich sehr breite und sehr gründliche Studie ist in einem doppelten Sinn brandaktuell. Erstens nimmt sie die aktuelle Renaissance poulantzianischer Staatstheorien auf und füllt die dort bestehende Lücke in der Analyse peripherer gesellschaftlicher und staatlicher Transformationen. Zweitens berührt sie sehr wichtige gegenwärtige Entwicklungen in Lateinamerika sowohl im Kontext des prekären kolumbianischen Friedensprozesses zwischen Regierung und FARC-Guerilla als auch im Kontext

der rassistischen Diskurse gegen angebliche mexikanische Gewalttäter_innen, die in den USA den Bau einer „Mauer“ zu Mexiko antreiben.

Seit Frantz Fanon (1981 [1966]) steht die Frage der Gewalt im Fokus der Analyse kolonialer (und post-kolonialer) Räume bzw. Gesellschaften. Gegen die eurozentrische Projektion einer diffusen Endemie von Gewalt im Globalen Süden richtet die Autorin unter Bezug auf Nicos Poulantzas' Konzeption des kapitalistischen Staats als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (Poulantzas 2002: 159) ihre kritisch-materialistische Analyse auf Zusammenhänge zwischen bestimmten historisch geprägten und sich verändernden sozialen bzw. ökonomischen Kräfteverhältnissen, den Formen ihrer staatlichen Verdichtung und der spezifischen Rolle, die Gewalt als „relationale Kategorie“ (93) darin einnimmt.

Im für einen Überblick über europäische und lateinamerikanische Staatsdebatten sehr nützlichen theoretischen Teil der Arbeit (37ff) leistet Jenss einen wichtigen qualitativen Beitrag zu einer neo-poulantzianischen Entschlüsselung des Konzepts der „peripheren Staatlichkeit“, indem sie es von essenzialistischen und idealistischen Fehldeutungen befreit. An die Stelle reduktionistischer Auffassungen über „failed states“ oder „schwachen Staaten“, die periphere lateinamerikanische Staatlichkeiten als defizitäre Abweichung von einem westlichen Ideal des staatlichen Gewaltmonopols deuten und Gewalt als gesellschaftliches Problem der (Drogen-)Kriminalität außerhalb des Staates verorten, tritt eine relationale Perspektive, die „im Staat selbst und am Verhältnis Staat/Gesellschaft“ (23) ansetzt: Illegalität und

Legalität sind keine absolut getrennten Sphären, sondern Effekte sozialer Machtverhältnisse kapitalistischer Akkumulation. Gesellschaftliche Kräfte einer illegalisierten Ökonomie schreiben sich in das materielle Gerüst des Staates ein, dessen Gewaltapparate ebenfalls auf beiden Seiten dieser rechtlich vermacheten Grenzen operieren. Mit dem Konzept der „Grauzonen“ (242ff) gelingt es Jenss, die komplexe Verknüpfung und Komplementarität zwischen legaler und illegaler kapitalistischer Ökonomie und legaler und illegaler (para-)staatlicher Gewalt als Kern von peripheren neoliberalen Hegemonieprojekten und den damit verbundenen Verschiebungen staatlicher Macht hin zu Sicherheits- und Militärapparaten in den Blick zu nehmen. Beschränkte materielle Klassen-Kompromisse werden so tendenziell durch ein Ensemble ineinandergreifender staatlicher und para-staatlicher Repression ersetzt. Von einem Rückbau des Staates kann also keine Rede sein. Para-staatliche Gewalt bedroht nicht die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse, sondern ist im Gegenteil mit legaler, staatlicher Gewalt verbunden und funktional für die Schaffung eines (allerdings stets fragmentierten) autoritären Regimes der (Un-)Sicherheit, das strukturell selektiv Kapitalfraktionen privilegiert und subalterne bzw. beherrschte Klassen einschüchtert und desorganisiert.

Zwei weitere Stärken zeichnen die vorliegende Arbeit aus: Erstens integriert die Autorin neben dem Begriff der Grauzonen weitere, aus den südlichen Staatstheorien und Soziologien stammende „komplementäre Konzepte“ (73), z.B. das der „Kolonialität der Macht“ (Aníbal Quijano) oder das der „buntscheckigen

Gesellschaft“ (René Zavaleta), um historisch konstituierte periphere Bedingungen der Gesellschaft bzw. der Staatlichkeit einzubeziehen, vor allem die kolonial hergestellten Ausschlüsse durch einander überlagernde rassistische Klassifikationen und Formen der Arbeitsteilung. Zweitens können durch den analytischen Zugang des Vergleichs zwischen den Transformationsprozessen in Kolumbien (2002-2010) und Mexiko (2006-2012) mit verschiedenen methodischen Mitteln (Interviews, Dokumentenanalyse, Sekundärliteratur, abduktive Verknüpfung von Theorie und empirischem Material) simplifizierende Thesen wie die einer „Kolumbianisierung“ Mexikos (29) durch die Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten, vor allem aber auch von Differenzen zurückgewiesen werden. So agierten in Kolumbien die mit der illegalen Drogenökonomie verbundenen paramilitärischen Verbände und traditionellen agrarkapitalistischen Fraktionen mit Teilen der städtischen Mittelklasse innerhalb eines relativ einheitlichen Staatsprojekts, das militariserte Guerilla-Bekämpfung mit ökonomischen Interessen an gewaltsamer Landenteignung von Kleinbäuer_innen verband. Demgegenüber stellte in Mexiko vor allem die Transitökonomie der Drogen einen integralen Teil eines neoliberal gewandelten, finanzialisierten bzw. exportorientierten Akkumulationsregimes dar, dessen politische Legitimationskrise im Kontext wachsender Informalisierung durch den fragmentierten, lokalen Einsatz (para-)staatlicher Gewalt v.a. gegen Oppositionskräfte kompensiert wurde.

Der Aufbau des Buches ist stringent und übersichtlich. Auf eine sozialstrukturelle, intersektionale Kontextanalyse

zu beiden Ländern entlang der Achsen Klasse, „race“ und „gender“ folgt eine Untersuchung der an den Kämpfen um konjunkturelle Hegemonieprojekte beteiligten sozialen Kräfte. Der anschließende knapp 200 Seiten starke Hauptteil bindet diese beiden Teile zusammen und konkretisiert sie im Rahmen einer Prozessanalyse konkreter Strategien und staatlich-organisatorischer Verdichtungen im ausgewählten Politikfeld (Un-)Sicherheit.

Leider löst das Buch den Anspruch einer intersektionalen Analyse nicht an jeder Stelle ein. Beispielsweise kommen spezifisch feminisierte Formen der Gewalt wie der „Feminizid“ (391) nur sehr rudimentär in den Blick. Vielmehr priorisiert es tendenziell Klassenverhältnisse. Dies ist dem unerhörten Aufwand einer neo-poulantzianischen Analyse geschuldet. Dennoch bietet diese kreative, detaillierte und sehr überzeugende Untersuchung der kausalen Zusammenhänge (para-)staatlicher Gewaltverhältnisse einen bedeutenden Beitrag zur Erklärung peripherer Staatlichkeit und peripherer Gesellschaften. Sie empfiehlt sich für jedes Regal einer politikwissenschaftlichen bzw. latein-amerikanistischen Bibliothek.

Gregor Seidl

Literatur

- Frantz Fanon (1981 [1966]): *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt a. M.
- Nicos Poulantzas (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg.

Frauke Banse: *Wes Brot ich ess, des Lied ich sing? Gewerkschaften in Ghana und Benin, die Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Economic Partnership Agreements (EPAs)*. Kassel: Kassel University Press 2016, 401 Seiten

In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion gilt der vergleichsweise große Einfluss internationaler Geber als Charakteristikum von sozialen Bewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Afrika. Viele Beobachter_innen nehmen dabei an, dass die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland, ob von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren, einen Einfluss auf die Agenda lokaler und nationaler Organisationen im Globalen Süden generell und in Afrika insbesondere hat. Jedoch untersuchen nur wenige Studien tiefgehend, ob dies zutrifft und wie sich dieser Einfluss gegebenenfalls gestaltet.

Frauke Banse geht in ihrer Dissertation, auf welcher das Buch beruht, dieser Frage anhand einer vergleichenden Fallanalyse zur Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit Gewerkschaften in Ghana und Benin nach. Sie untersucht, welchen Einfluss diese Zusammenarbeit bei Aktivitäten der dortigen Gewerkschaftsverbände bezüglich der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements*, EPAs) zwischen der EU und 79 Staaten der afrikanisch-karibisch-pazifischen Region über die Einrichtung von Freihandelszonen hatte. Die Analyse bezieht sich auf die Jahre 2002 bis 2008. Sie stützt sich neben wissenschaftlicher Literatur auf zahlreiche Dokumente sowie insgesamt 50 Interviews mit Expert_innen, welche die Autorin in

Benin, Ghana und Deutschland mit Vertreter_innen von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, der FES, Ministerien und anderen Behörden geführt hat.

Theoretisch bezieht sich Banse auf den Ansatz der Gewerkschaftsidentitäten von Richard Hyman, der vier Kategorien umfasst: (1) Reichweite, Struktur und Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Interessenvertretung; (2) interne Machtverteilung und Partizipationsmöglichkeiten in den Gewerkschaften; (3) thematische Schwerpunkte und politische Ausrichtung der Gewerkschaften; sowie (4) strukturelle Voraussetzungen, Form und Praxis der Einflussmöglichkeiten. Anhand dieser Kategorien analysiert und vergleicht sie die Kooperation der FES mit den jeweiligen Gewerkschaften und erklärt die Unterschiede zwischen beiden Fällen. Zwar ist der Kontext der Fälle ähnlich, jedoch unterscheiden sich die beninischen und ghanaischen Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Aktivitäten zu den EPAs sowie der damit verbundenen Rolle der FES: In Ghana unterstützte die Stiftung bereits bestehende Programme der Gewerkschaft, indem sie beispielsweise Seminare und Presskonferenzen finanzierte. Die Gewerkschaft war und blieb aber unabhängig von dieser Kooperation in starke zivilgesellschaftliche Netzwerke wie die nationale „Stop-EPAs-Koalition“ eingebunden. In Benin hingegen wurde die gewerkschaftliche Arbeit zu den EPAs weitgehend von der FES angestoßen.

Banse zeigt in ihrer Analyse überzeugend, dass das Sprichwort „Wess Brot ich ess, dess Lied ich sing“ sich nicht so ohne Weiteres auf die Beziehungen zwischen internationalen Gebern und afrikanischen, zivilgesellschaftlichen

Organisationen übertragen lässt: Die FES bestimmte nicht überall die Agenda der Gewerkschaften, mit denen sie kooperierte. Die Wirkungen dieser Zusammenarbeit hängen vielmehr wesentlich von der inneren Verfasstheit, der politischen Umgebung und der spezifischen Geschichte der Gewerkschaften ab.

Das heißt nicht, dass die externe, finanzielle Unterstützung für die Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen unproblematisch wäre: Insbesondere kann sie die organisationsinterne Mitbestimmung und Kontrolle schwächen, wenn Gewerkschaften oder Nichtregierungsorganisationen hauptamtliche Funktionär_innen nicht aus Mitgliedsbeiträgen, sondern aus externen Mitteln finanzieren. Denn dies kann dazu führen, dass sich die Funktionär_innen der internen demokratischen Kontrolle entziehen.

Banse leistet mit ihrem Buch einen wichtigen Beitrag dazu, gleich drei Lücken in der politischen und wissenschaftlichen Debatte zu schließen: Erstens liegen bislang nur wenige empirisch fundierte Analysen zum Einfluss internationaler Geber auf zivilgesellschaftliche Akteure vor, zumal keine vergleichenden Fallstudien. Zweitens existiert nur wenig aktuelle Forschung zu Gewerkschaften in Subsahara-Afrika. Drittens schließlich ist die Region Westafrika in der deutschsprachigen Sozialwissenschaft unterrepräsentiert. Dies liegt unter anderem daran, dass in der Mehrheit der dortigen Staaten Französisch und Portugiesisch die Amtssprachen sind. Die Studie hebt sich von anderen sozialwissenschaftlichen, auf Afrika bezogenen Forschungen dadurch ab, dass sie mit Ghana und Benin zwei

Länder mit unterschiedlicher Kolonialgeschichte untersucht: Ghana war britische, Benin französische Kolonie. Ein solcher Vergleich ist auch international nicht die Regel.

Bettina Engels

Damien Short: *Redefining Genocide. Settler Colonialism, Social Death and Ecocide*. London: Zed Books 2016, 261 Seiten

Der Terminus „Völkermord“ nimmt spätestens seit der UN-Konvention von 1948 zur Verhütung und Bestrafung dieses Verbrechens einen festen Platz im internationalen Recht ebenso wie in der politischen und wissenschaftlichen Sprache ein. Allerdings ist der Begriff nicht unumstritten – neben grundsätzlicher Kritik an dem Terminus stand lange Zeit die Auseinandersetzung um die Einzigartigkeit des Holocaust, während seit einer Reihe von Jahren die vergleichende Genozidforschung einen sehr viel weiteren Blickwinkel etabliert hat. Dies entspricht – wie auch im vorliegenden Buch immer wieder betont – auch den Absichten Raphael Lemkins, des polnisch-jüdischen Juristen, der den Begriff in den frühen 1930er Jahren geprägt hat und entscheidend am Zustandekommen der UN-Konvention beteiligt war.

Damien Short baut neben eigenen langjährigen Arbeiten auf Ergebnissen der *Extreme Energy Initiative*, eines Projekts des von ihm geleiteten *Human Rights Consortium* an der *School of Advanced Study* der *University of London*, auf. Neben zwei Eingangskapiteln, die einen soziologischen Ansatz zur Frage des Völkermordes begründen sowie den engen Zusammenhang zwischen Genozid und Ökozid aufzeigen

sollen, enthält das Buch vier Fallstudien, die die begrifflichen Überlegungen konkretisieren und vertiefen sollen: Palästina, Sri Lanka, Australien und Alberta (Kanada). Diese Studien wurden bis auf die zu Australien gemeinsam mit regional ausgewiesenen Ko-Autor*innen verfasst. Die Auswahl der Fallstudien unterstreicht zwei immer wieder aufgegriffene Kernaussagen Short's: die enge Verknüpfung, die er zwischen Völkermord und Kolonialismus sieht, sowie die damit gleichfalls eng verbundene genozidale Tendenz des Siedlerkolonialismus. Hinzu kommen in allen vier Fällen massive Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen und Umweltfragen, die besonders in den Fällen Australien und Alberta zum Vorwurf des Ökozids zugespitzt werden.

Zunächst begründet Short unter extensivem Rekurs auf Lemkin und insbesondere dessen nachgelassene, erst vor relativ kurzer Zeit erforschte Schriften einen weitgefassten, über die verbreitete und an der UN-Konvention orientierte intentionalistische Position hinausgehenden Genozid-Begriff. Dementsprechend sind die Handlungsfolgen und nicht die Absichten entscheidend. Diese Wendung begünstigt, wie sich vor allem bei den Fallbeispielen Australien und Alberta zeigt, die Verbindung mit dem Ökozid. In beiden Fällen geht es um aggressive Strategien zur Erschließung marginaler Gas- und Erdölreserven. Die Bezeichnung *extreme energy* bezieht sich auf die extrem zerstörerischen Methoden der Gewinnung ebenso wie auf die fragwürdige Energiebilanz. Dies bedeutet jeweils massive Eingriffe in die Lebensverhältnisse und, wie Short immer wieder betont, in die *Lebensräume* indigener Völker, die so vor allem im Fall Australiens als

Opfer eines langfristigen, seit Beginn der Kolonialzeit währenden und nun in anderer Form, eben als Ökozid, fortgesetzten Völkermordes erscheinen. Da die UN-Konvention auch die Auferlegung von Lebensbedingungen einschließt, die auf die physische Vernichtung einer Gruppe abzielen, deckt sie zumindest teilweise die von Short als Ökozid qualifizierten Vorgänge ab. Jedoch geht es hier noch in anderer Form um die Zerstörung von Lebensgrundlagen, und dies verweist zurück auf grundlegende Fragen und Probleme des Begriffs „Völkermord“ selbst.

Wie inzwischen wohl bekannt ist, hat Lemkin diesen Begriff deutlich weiter konzipiert, als dies die nun in der UN-Konvention enthaltene Fassung zum Ausdruck bringt. Diese selbst ist in wesentlichen Punkten Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse am Beginn des Kalten Krieges. Vor allem fiel diesen Verhandlungen die Dimension weitgehend zum Opfer, die Short unter Berufung auf Lemkin besonders stark macht – Kultur. Die Zerstörung der Kultur der Opfergruppe, damit eine einschneidende Verarmung dessen, was man als kulturellen Fundus der Menschheit bezeichnen könnte, sowie das Aufzwingen der Kultur der Überlegenen oder (Siedler-)Kolonisatoren war demzufolge für Lemkin eines der entscheidenden Momente des Genozids. Wie auch aus der intentionalistischen Perspektive der UN-Konvention, die nicht zuletzt die in Australien und Kanada besonders skandalisierten Zwangsadoptionen ausdrücklich als Form des Völkermordes aufführt, treten damit die schieren physischen Opferzahlen, an denen sich der Alltagsverstand allzu oft festmacht, in den Hintergrund.

Erkennbar wird ein gesellschaftlicher Vorgang der Verdrängung und Unterdrückung, bei dem es insbesondere in der Lesart von Short immer auch um Raum und um Land geht. Das macht Short nicht zuletzt an den Beispielen Palästina und Sri Lanka deutlich. Die Zitate aus Lemkins Klassiker *Axis Rule in Occupied Europe* von 1944 lesen sich, bezogen auf die aktuelle Situation von Palästinenser*innen, beklemmend gerade, wo es um die Okkupation von Land und Ressourcen, nicht zuletzt von Wasser geht. Die militärische Überwältigung der *Liberation Tigers of Tamil Elam* in Sri Lanka war begleitet von großen Umsiedlungsaktionen, die dazu führten, dass die Mehrheitsverhältnisse zwischen Singhalesen und Tamilen in entscheidenden Regionen auf der Insel verändert wurden. Ferner spielen Land und vor allem Bodenrecht gerade auch auf den Territorien indigener Völker, die heute zu Zielregionen der Jagd nach *extreme energy* geworden sind, eine offenkundig entscheidende Rolle. Short zeigt besonders in den Kapiteln zu Australien und Alberta rechtliche Winkelzüge auf, mit denen der „Schutz“ von Aborigines zum Vorwand für die Mobilisierung ihrer Rechtstitel auf Boden genommen und diese etwa durch langfristige Pachtverträge ausgehebelt werden. Außerdem stellt er dar, wie sich (Zentral-)Regierung und interessierten Konzerne einfach über Verträge hinwegsetzen, die einst mit „First Nations“ geschlossen wurden. All dies ist – etwa für das Thema aktueller Landnahme-Prozesse – eine höchst aufschlussreiche Lektüre.

Schwieriger wird es bei den begrifflichen Fragen, die schon im Titel angesprochen sind. Short behandelt Lemkin als unbestreitbare Autorität, was seinen

Erörterungen zum Völkermord eine scholastische Färbung verleiht. Dabei gibt es offenkundige Probleme, denkt man allein an den ständigen Verweis auf „Kultur“, ein Begriff, der in den letzten Jahrzehnten aus verschiedenen Richtungen dekonstruiert und debattiert wurde, hier aber ungeachtet gelegentlich anderslautender Bemerkungen weitgehend essenzialistisch gebraucht wird. „Die“ [man setze ein beliebiges Ethnonym ein] benötigen für die Fortführung ihrer Lebensweise oder Kultur Land, also ist die Enteignung des Landes Genozid. Das trifft in vielen historischen und aktuellen Fällen von Völkermord sehr wohl zu, aber dennoch versteht eine avancierte und kritische Forschung „Kultur“ als ausgesprochen prozessuale und keineswegs statische Kategorie – auch wenn man etwa bedenkt, wie Überlebende eines Völkermords, etwa Ova-herero und Nama in Namibia, ungeachtet fortdauernder Traumatisierung kulturelle Formen nach dem Genozid neu bestimmt und umgeformt haben. Hier ist in jedem Fall größere Vorsicht geboten.

Ähnliches gilt für die Kategorie „Ökozid“, die von einer ganzen Strömung innerhalb der vergleichenden Genozid-Forschung inzwischen eng mit Völkermord verbunden wird. Wie Short selbst bemerkt, liegt zu Ökozid kein ähnlich geschlossener Textkorpus als Referenzpunkt vor, wie Lemkins Arbeiten ihn für die Kategorie Völkermord bieten, und die Versuche, entsprechende Handlungen ebenfalls durch eine UN-Konvention zu ächten und unter Strafe zu stellen, waren bisher erfolglos. Für die Bestimmung des Begriffs wesentlich ist jedoch, dass die Folgen des Abbaus der Trägerstoffe von *extreme energy*, etwa die gesteigerte Emission von CO₂

sowie großer Mengen von Methan, offenkundig nicht alle auf die Gebiete von indigenen Völkern beschränkt sind. Short verwendet denn auch gelegentlich den Terminus „Omnizid“, der die Konsequenzen eines dramatischen Klimawandels drastisch beschreibt, aber zugleich die begriffliche Schwierigkeit deutlich macht, die sich ergibt, wenn die Folgen der Zerstörung eben nicht mehr auf eine – auch entsprechend der UN-Konvention gegen Völkermord bestimmte – Gruppe beschränkt sind, sondern weit darüber hinaus reichen. Auch die verschiedentlich anklingende Rede vom „Anthropozän“ als neuer, durch menschliche Tätigkeit und zumal Zerstörung geprägter erdgeschichtlicher Epoche macht dies deutlich. Ferner sind die bewusste Zerstörung der Lebensgrundlage einer Gruppe etwa durch eine Strategie der verbrannten Erde einerseits und die willentliche Inkaufnahme solcher Zerstörungen mit dem Ziel der Profitmaximierung und Ressourcengewinnung andererseits zwar m.E. gleichermaßen zu verurteilen. Sie sind aber begrifflich voneinander tunlichst zu unterscheiden, weil es sich um Prozesse unterschiedlicher Form und unterschiedlichen Inhalts handelt. Wenn Zerstörung von Gemeinwesen und massenhafte Verluste von Menschenleben ohne solche Formbestimmung begrifflich nivelliert werden, könnte dies dazu führen, dass wichtige Unterscheidungen übersehen werden. Der Wert von Shorts Arbeit ebenso wie der weiteren Debatte, die er aufnimmt, liegt nicht zuletzt darin, diese notwendige Diskussion über Begriffe weiterzutreiben. Diese Diskussion muss geführt werden, auch wenn es um unsagbares Grauen geht – in der wenn auch schwachen Hoffnung, besser zu

verstehen, was geschieht, und durch solches Wissen eventuell dem Gelöbnis „Nie wieder!“ eher gerecht zu werden,

als dies in Vergangenheit und Gegenwart der Fall war und ist.

Reinhart Kößler

Eingegangene Bücher

Bauer, Isabella: *Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen. Konfliktmediation und lokale Beteiligung*. State-of-Research Paper 10, Verbundprojekt „Flucht: Forschung und Transfer“. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) & Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC) 2017, 35 S.

Buckley-Zistel, Susanne, & Ulrike Krause (Hg.): *Gender, Violence, Refugees*. Oxford: Berghahn Books 2017, 302 S.
ISBN: 9781785336164

Exo, Mechthild: *Das übergangene Wissen. Eine dekoloniale Kritik des liberalen Peacebuilding durch basispolitische Organisationen in Afghanistan*. Bielefeld: transcript 2017, 448 S.
ISBN: 9783837638721

Marx, Christoph: *Mugabe. Ein afrikanischer Tyrann*. München: C.H.Beck 2017, 333 S.
ISBN: 9783406713460

Müller, Melanie: *Auswirkungen internationaler Konferenzen auf soziale Bewegungen. Das Fallbeispiel der Klimakonferenz in Südafrika*. Heidelberg: Springer 2017, 245 S.
ISBN: 9783658168698

Plaatjes, Daniel; Charles Hongoro; Margaret Chitiga-Mabugu; Thenjiwe Meyiwa & Muxe Nkondo: *State of the Nation: South Africa 2016. Who is in Charge? Mandates, accountability and contestations in South Africa*. Cape Town: HSRC 2016, 528 S.
ISBN: 9780796925138

Rosenthal, Gabriele, & Artur Bogner (Hg.): *Biographies in the Global South. Life Stories Embedded in Figurations and Discourses*. Frankfurt a.M. & New York, US-NY: Campus 2017, 312 S.
ISBN: 9783593507835

Schmidt, Ingo (Hg.): *Das Kapital @ 150. Russische Revolution @ 100. „Das Kapital“ und die Revolutionen gegen „Das Kapital“*. Hamburg: VSA 2017, 318 S.
ISBN: 9783899657333

Sott, Sarah Helen: *Desartikulation statt Transitional Justice? Subalterne Perspektiven in der kolumbianischen Vergangenheitsbewältigung*. Bielefeld: transcript 2017 (= Postcolonial Studies), 362 S.
ISBN: 9783837640724

Stollmann, Rainer; Thomas Combrink & Gunther Martens (Hg.): *Kooperation. Keiner ist alleine schlau genug*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht – V&R unipress 2017 (= Alexander Kluge-Jahrbuch, Bd. 4), 380 S.
ISBN: 9783847107491

Tekülve, Maria, & Theo Rauch: *Alles neu, neu, neu! in Afrika. Vier Jahrzehnte Kontinuität und Wandel in der sambischen Provinz*. Berlin: Schiler 2017, 280 S.
ISBN: 9783899301205

Zajak, Sabrina: *Transnational Activism, Global Labor Governance, and China*. London: Palgrave-Macmillan 2017, xi + 286 S.
ISBN: 9781349950218